

Wer sind wir?

Wir sind ein Bündnis aus Studierenden und Beschäftigten der Universität zu Köln, das sich im April diesen Jahres gegründet hat. Unsere Überzeugung ist es, dass produktive und kritische Bildung und Wissenschaft eine ausreichende und bedarfsorientierte Grundfinanzierung brauchen. Aus diesem Grund haben wir die erste erfolgreiche Mitgliederinitiative Nordrhein-Westfalens gegen die Kürzungen an der Universität zu Köln gestartet, deren Forderungen wir Ihnen heute vorstellen.

Innerhalb weniger Monate haben über 5.000 Universitätsangehörige gegen die drohenden massiven Kürzungen an allen Fakultäten unterschrieben. Die Forderungen der Petition werden außerdem von zwei Fakultäten, mehreren Fachbereichen und Instituten, vom Studierendenparlament, von zahlreichen Fachschaften, von den Students for Future und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Köln unterstützt.

Warum wir gegen die Kürzungen sind und was es stattdessen braucht:

1. Ausgleich des Mitteldefizits

Mit dieser Petition fordern wir erstens, dass die Kürzungen abgewendet werden. Keine Fächer, keine Studiengänge und keine Stellen von Kolleg*innen sind verzichtbar. Das Defizit muss aus Landesmitteln ausgeglichen werden. Statt kurzfristiger Drittmittel, Antragsmarathons und Hamsterrädern brauchen wir eine ausreichende und bedarfsgerechte Grundfinanzierung – für gute Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen, für den Erhalt der Fächervielfalt, gegen den Wegfall von Lehrveranstaltungen (auch im Studium Integrale), für produktive Bildung und Wissenschaft und für eine soziale Öffnung der Hochschule.

Angesichts globaler Krisen, (wie dem fortschreitenden Klimawandel, der zunehmenden Anzahl gewaltsamer Konflikte, aber auch z.B. dem zunehmenden Rechtsextremismus) ist ein gut finanziertes Wissenschaftssystem, das an Lösungen arbeitet, die auf die Zukunft ausgelegt sind, wichtiger denn je! Bildung, sozialer Zusammenhalt und eine lebendige Demokratie müssen weiter gestärkt werden. All das sind wichtige, ungelöste Fragen auch für die Wissenschaft, die gerade an der

Hochschule diskutiert werden müssen. Mit den aktuellen Kürzungsplänen droht das genaue Gegenteil: Kritisches Studium und Lehre leiden, weil der Druck auf die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen in Lehre und Verwaltung weiter steigt, Studienplätze und ganze Studiengänge drohen wegzufallen.

Ob kleinere oder größere Fächer, ob Exzellenzzentren, Exzellenzcluster oder grundständige Forschung: Kurzfristige Mittel und die damit einhergehende Prekarität sind in allen Bereichen ein Problem, das Studium, Lehre und Forschung behindert.

Wissenschaft funktioniert nicht „ad hoc“ sondern erfordert eine nachhaltige Auseinandersetzung mit entsprechender Zeit und Muße und sie basiert auf Kooperation und Austausch.

Es ist daher dringend an der Zeit, dass sich die Mitglieder der Hochschule und die Institution als gesamte entschieden für eine Abkehr von wettbewerblicher Hochschulfinanzierung und für einen bedarfsgerechten Ausbau der Grundfinanzierung und demokratischer Entscheidungsstrukturen einsetzen.

Wenn eine Universität begründet keine Kürzungen vollzieht und entschieden und öffentlich für den Erhalt der betroffenen Stellen eintritt, ergibt sich eine neue hochschulpolitische Ausgangslage. Dann fänden die Verhandlungen mit der Landesregierung über den Erhalt der Stellen und den bedarfsgerechten Ausbau der Grundfinanzierung unter anderen Ausgangsbedingungen statt.

2. Transparenter Universitätshaushalt

Zweitens fordert die Petition, dass die Aufstellung des Universitätshaushaltes zukünftig transparent und im Bottom-up-Verfahren gestaltet werden muss, indem alle Fakultäten und alle Mitgliedergruppen verstärkt am Prozess und der Entscheidungsfindung beteiligt werden.

Damit meinen wir konkret, dass alle Mitgliedergruppen der Universität bei der Vergabe der Mittel aus dem neuen „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ (oder auch HoPa IV) einbezogen werden. Nur mit einer paritätischen Mitbestimmung aller Mitgliedergruppen auf Augenhöhe ist gewährleistet, dass die zu knappen Mittel effektiv und zielgerichtet zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden können. Denn Studierende und Lehrende werden am unmittelbarsten von diesen Entscheidungen betroffen sein; also diejenigen, die Lehre gestalten, und diejenigen, die davon profitieren sollen. Aktuell werden die Gelder fast ausschließlich auf Wegen

vergeben, die für die meisten Studierenden und Dozierenden intransparent sind und nur wenig bis keine Möglichkeiten zur Mitbestimmung bieten. Beschlüsse werden gefasst, ohne den Universitätsmitgliedern genügend Zeit für eine informierte Diskussion einzuräumen.

Weitgreifenden Beschlüssen wie zur derzeitigen Sparpolitik der Universität oder zur Vergabe der neuen HoPa-Mittel muss eine angemessene, demokratische Auseinandersetzung in der Sache unter Beteiligung aller Mitgliedergruppen und vor allem unter frühzeitiger Einbeziehung der Betroffenen vorangestellt werden.

Forderungen an den Senat der Universität zu Köln:

1. Der Senat unterstützt die Petition.

2. Der Senat verfasst eine Stellungnahme, in der gefordert wird, die Kürzungen mit Landesmitteln aufzufangen und eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung bereitzustellen.

Der Senat versendet diese Stellungnahme an

- a. den Wissenschaftsausschuss und das Wissenschaftsministerium des Landes NRW sowie
- b. die Presse

3. Der Senat versendet die Stellungnahme und die Petition an alle Beschäftigten und Studierende der Universität zu Köln.

4. Der Senat versendet die Ankündigung der Versammlung des Bündnisses gegen Kürzungen im nächsten Semester an alle Studierenden. Er schlägt außerdem den Lehrenden vor, ihre Sitzungen zu diesem Zeitpunkt ausfallen zu lassen.